

**Nr. 20/813**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Bewertung und kritische Aufarbeitung der Maßnahmen in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen  
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 18. Februar 2022  
(Drucksache [20/1355](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 26. April 2022  
(Drucksache [20/1436](#))
2. Bremen steht in fester Verbundenheit an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer: Holodomor von 1932/33 als Völkermord anerkennen  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 10. Mai 2022  
(Drucksache [20/1463](#))
3. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 29. April 2021  
(Drucksache [20/938](#))
4. Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!  
Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau  
vom 24. Mai 2022  
(Drucksache [20/1478](#))
5. Aktueller Stand der Transformation der Bremer Stahlindustrie sowie der Bremer IPCEI-Großprojekte zur Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
15. Juni 2022  
(Drucksache [20/1502](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022  
(Drucksache [20/1540](#))
6. Waffenkontrollen und Waffenbesitz im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 5. Juli 2022  
(Drucksache [20/1528](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1630](#))
7. Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Online-Durchsuchung – Mogelpackung auf Kosten der IT-Sicherheit?  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 13. Juli 2022  
(Drucksache [20/1536](#))

8. Kinderrechte im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 18. Juli 2022  
(Drucksache [20/1537](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 6. September 2022  
(Drucksache [20/1572](#))
9. Entwicklungspolitische Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen – Fortschreibung 2022  
Mitteilung des Senats vom 23. August 2022  
(Drucksache [20/1551](#))
10. Richterassistenzen ermöglichen zur Entlastung der Bremer Justiz  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 6. September 2022  
(Drucksache [20/1565](#))
11. Pflegende Kinder und Jugendliche im Land Bremen besser unterstützen!  
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 9. September 2022  
(Drucksache [20/1578](#))
12. Erfahrenes Leid anerkennen – Solidarität mit den geschädigten früheren Heimkindern  
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1622](#))
13. Psychische und körperliche Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in früherer Heimunterbringung – Forderung nach Aufarbeitung und Lehren, Entschuldigung und Entschädigung durch das Land Bremen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 11. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1626](#))

#### **Nr. 20/814**

##### **Neufassung des Bremischen Gesetzes über die Juristenausbildung und die erste juristische Prüfung (JAPG)**

Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1607](#))

Die Mitteilung wurde vom Senat zurückgezogen.

#### **Nr. 20/815**

##### **Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 10. Oktober 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes zur Anpassung an das Datennutzungsgesetz und die Open Data- und PSI-Richtlinie der Europäischen Union  
Mitteilung des Senats vom 13. September 2022  
(Drucksache [20/1588](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz  
Mitteilung des Senats vom 20. September 2022  
(Drucksache [20/1595](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
3. Neufassung der Bremischen Landesbauordnung (BremLBO) im Hinblick auf die Digitalisierung der bauaufsichtlichen Verfahren  
Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1605](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
4. Stellungnahme des Senats zum 4. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung  
Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1608](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 4. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
5. Berichterstattung gemäß § 4 Abs. 1 Opferanlaufstellengesetz  
Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1609](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
6. Gesetz zur Änderung des Bremischen Performa Nord Gesetzes (BremPerformaG)  
Mitteilung des Senats vom 4. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1617](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

#### **Nr. 20/816**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Immer mehr Jugendliche ohne Schulabschluss – Der rot-grün-rote Senat versagt beim Thema Bildungs- und Chancengerechtigkeit“**

#### **Nr. 20/817**

##### **Bremische Landwirtschaft zukunftsfähig machen**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 23. März 2022  
(Drucksache [20/1419](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2022**  
(Drucksache [20/1453](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 20/818

### **Plattdüütsch in Bremen: Langt dat, wat de Senat for de Regionalspraak deit?**

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 21. Februar 2022  
(Drucksache [20/1359](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 5. April 2022**

(Drucksache [20/1426](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 20/819

### **Aufbau eines Testzentrums für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge**

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU

vom 11. Oktober 2022

(Neufassung der Drucksache [20/1518](#) vom 28. Juni 2022)

(Drucksache [20/1635](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. den Auf- und Ausbau eines Testzentrums für wasserstoffbasierte Mobilitätsanwendungen in Bremerhaven, das einen 3D-Teststand für Mobilitätsanwendungen (Seegangsimulator) sowie weitere Test- und Prüfstände für Anwendungen im Bereich des Straßenverkehrs umfasst, zu unterstützen;
2. ein Finanzierungskonzept des Landes unter Einwerbung von Drittmitteln des Bundes, der EU und von Privaten für diejenigen Komponenten des Testzentrums zu erarbeiten und umzusetzen, die nicht im Rahmen des Technologie- und Innovationszentrum für mobile Wasserstoffanwendungen Nord finanziert werden können;
3. ihr binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung einen entsprechenden Bericht über den Fortgang des Projektes vorzulegen.

## Nr. 20/820

### **„Frau-Leben-Freiheit“ – Volle Solidarität mit den Protesten in Iran!**

Entschließungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, der SPD, der CDU und der FDP

vom 11. Oktober 2022

(Drucksache [20/1627](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) solidarisiert sich mit den Menschen in Iran, die unter Einsatz ihres Lebens für Frauenrechte, Demokratie und Freiheit eintreten. Insbesondere dem außerordentlichen Mut der iranischen Frauen gebührt größter Respekt.

Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt das brutale Vorgehen der iranischen Sicherheitsbehörden mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen - sowie laut Menschenrechtsorganisationen vereinzelt scharfer Munition - gegen friedliche Demonstrant:innen. Diese Gewalt als Ausdruck des iranischen Unterdrückungssystems muss umgehend eingestellt werden. Gleiches gilt für die Inhaftierung politischer Oppositioneller und Frauenrechtsaktivist:innen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet eine umfassende Aufklärung des Todes von Mahsa Jina Amini und ein sofortiges Ende der repressiven Politik gegenüber Frauen und Mädchen. Die sogenannte Sittenpolizei gehört aufgelöst.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene zeitnah für einen Abschiebestopp für gefährdete Menschen aus Iran einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, auf europäischer Ebene angemessene Sanktionen gegen Iran zu vereinbaren, die jedoch direkt auf Angehörige der Herrschaftsschicht und Vertreter:innen von Geheimdiensten und Militär abzielen müssen.

#### **Nr. 20/821**

##### **Radwege im Überseehafen attraktiv gestalten**

Antrag der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 15. Juni 2022  
(Drucksache [20/1503](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Planung von Reparatur, Sanierung und gegebenenfalls Neugestaltung der Fahrradwege im stadtbremischen Überseehafengebiet, insbesondere dem Weser-Radweg, einschließlich der Möglichkeiten zur Ladung sogenannter E-Bikes, zu veranlassen, die dafür notwendigen Planungsmittel bereitzustellen und sich um passende Förderprogramme – zum Beispiel das Programm „Stadt und Land“ – zu bemühen;
2. dabei die entsprechenden Verbände und weitere Beteiligte, insbesondere den Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club e.V. (ADFC) und dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR), einzubinden sowie
3. mit den beteiligten niedersächsischen Umlandgemeinden Gespräche zu führen, um den Lückenschluss zwischen den Radwegen verschiedener Gemeinden zu unterstützen und
4. binnen zwölf Monaten nach Beschlussfassung dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen sowie der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung über die Pläne zu berichten.

#### **Nr. 20/822**

##### **Studierende während des Praxissemesters beim öffentlichen Dienst in Bremen finanziell entlasten, eine Praktikumsvergütung jetzt einführen!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 11. Mai 2022  
(Drucksache [20/1470](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 20/823**

##### **Übergreifende Marketingstrategie der Hochschullandschaft im Land Bremen entwickeln und umsetzen!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. Juli 2022  
(Drucksache [20/1524](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 20/824**

**Gesetz über die Zustimmung zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021**

Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1603](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

**Nr. 20/825**

**Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes**

Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1604](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

**Nr. 20/826**

**Bremisches Gesetz über die Ausbildung in der Pflegefachhilfe**

Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1606](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

**Nr. 20/827**

**Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen**

Mitteilung des Senats vom 4. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1618](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

**Nr. 20/828**

**Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 32**

vom 7. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1621](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

**Nr. 20/829**

**Gesetz über die einmalige Gewährung einer Energiepreispauschale 2022 für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in der Freien Hansestadt Bremen (BremEPPG 2022)**

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1628](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## **Nr. 20/830**

### **Dritte Verordnung zum Basisschutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Dritte Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung)**

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1629](#))

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion der FDP**

vom 12. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1636](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass sie keinen Aufhebungs- oder Änderungsbedarf an der Dritten Corona-Basisschutzmaßnahmenverordnung sieht.

## **Nr. 20/831**

### **Fragestunde**

1. Umsetzungsstand des Projekts Klimabildungszentrum Bremerhaven  
Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Arno Gottschalk, Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 8. September 2022
2. Hitzeaktionsplan für Bremen und Bremerhaven  
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 8. September 2022
3. Sachstand Auswertungsstruktur SIDAN  
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 8. September 2022
4. Gibt es ein Device-Lifecycle-Management für digitale Endgeräte im Bereich Schule?  
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2022
5. DigitalPakt Schule – systematischer Mittelabfluss und sinnvolle Verwendung im Land Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2022
6. Stand und Bewertung der Sektorkopplung im Land Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2022
7. Wann stehen endlich Toiletten an allen Bremer Bahnhöfen zur Verfügung?  
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 8. September 2022

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Bremen – Hochburg der Unternehmensinsolvenzen?  
Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 8. September 2022
9. „Gesundheitskioske“ im Land Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 8. September 2022
10. Hat die Pandemie Suchtprobleme von jungen Menschen verstärkt?  
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. September 2022
11. Inanspruchnahme der unabhängigen Asylverfahrensberatung und der psychologischen Beratung in der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. September 2022
12. Stand der Vorbereitungen für die vorgezogene PRIMO-Testung der Nicht-Kita-Kinder  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2022
13. Berufsbegleitender Bachelor-Erwerb für altrechtlich ausgebildete Hebammen – wie unterstützt der Senat die Hebammen in Bremen und Bremerhaven?  
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Susanne Grobien, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 13. September 2022
14. Energierechts- und Energiebudgetberatung im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Sina Dertwinkel, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 14. September 2022
15. Handlungsmöglichkeiten zur Entlastung der Notaufnahmen  
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 20. September 2022
16. Was hat der Innensenator die letzten Jahre in Bremen gegen Clan-Kriminalität getan?  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
17. Männer durch Messerstiche schwer verletzt  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
18. Verdächtige nach Straßenraub verurteilt?  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
19. Straßenräuber dingfest gemacht?  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
20. Räuber bedrängt Seniorin  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022



21. Mann mit Schusswaffe bedroht  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
22. Gaststätte in der Neustadt überfallen  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
23. Auseinandersetzung in Mitte  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
24. Räuber mit Schlagstock  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
25. Schießender Räuber gefasst?  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
26. Hundebesitzer bei Spaziergang ausgeraubt  
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022
27. Auslaufen des Bundesprogramms Sprach-Kitas  
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 27. September 2022
28. Wird in Bremen zur Entlastung der Bürger im kommenden Winter der Weiterbetrieb von Kaminöfen erlaubt?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 28. September 2022
29. Gesellschaftlicher Wandel beim Schwangerschaftsabbruch  
Anfrage der Abgeordneten Sina Dertwinkel, Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 29. September 2022
30. Was folgt aus der Studie zum Entwicklungsplan Migration und Bildung?  
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2022
31. Personal für Sonderermittlungsgruppen bei der Bremer Polizei  
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 29. September 2022

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

## **Nr. 20/832**

### **Strukturen und Angebote zur Gesundheitsförderung und -prävention im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. Juli 2022  
(Drucksache [20/1538](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 13. September 2022**

(Drucksache [20/1586](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

### **Nr. 20/833**

#### **Landesausbildungsfonds stoppen! Keine zusätzlichen Belastungen angesichts aktueller Herausforderungen für die Wirtschaft im Land Bremen**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 22. September 2022

(Drucksache [20/1600](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 20/834**

#### **Berufliche Ausbildung im Land Bremen stärken – auf Zwangsumlagen verzichten!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 12. Oktober 2022

(Drucksache [20/1637](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

### **Nr. 20/835**

#### **Solidarität Europas, Deutschlands und Bremens mit der Ukraine ist wichtiger denn je**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 30. September 2022

(Drucksache [20/1614](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 10, 12, 14, 16, 17 und 19 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) gedenkt aller, die in diesem sinnlosen und völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine und durch Kriegsverbrechen in der Verantwortung Putins Opfer von Gewalt, Zerstörung und Vertreibung geworden sind. Sie erklärt und erneuert ihre Solidarität mit der Ukraine und ihren Menschen. Dieses konkretisiert sich nicht nur in der Bereitschaft, in Bremen und Bremerhaven auch weiterhin Geflüchtete aufzunehmen, sondern auch in der Bereitschaft, sich am solidarischen Tragen von Lasten für die Folgen des Krieges und für den Wiederaufbau zu beteiligen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in den Referenden in den besetzten Gebieten, in der Teilmobilmachung und in den abermaligen Drohungen Putins mit atomarer Gewalt eine völlig inakzeptable Eskalation der militärischen Aggression Russlands. Die scheindemokratischen Referenden, durchgeführt von Marionetten des Putin-Regimes, dienen ausschließlich der Vorbereitung und der Verschleierung von faktischen Annexionen und können schon deshalb keine rechtliche Bedeutung haben.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung, diesem Verhalten Russlands, auch verschärft, durch Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine, eingebunden in die internationale Staatengemeinschaft, entgegenzutreten. Sie hält es für unerträglich, durch Handel und Importe indirekt an der Finanzierung des Krieges beteiligt zu werden. Deshalb sind der weitere und verstärkte Entzug finanzieller Mittel durch Handelsbeschränkungen, der weitgehende Stopp technologischen Austausches, Sanktionen gegen Protagonisten des Regimes sowie die Beschränkung von Reisemöglichkeiten angemessene und notwendige Instrumente, um der von Russland zu verantwortenden Eskalation zu begegnen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt und bekräftigt, dass derlei menschen- und völkerrechtswidrige Aggressionen keinen Erfolg haben dürfen. Sie unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, die internationale Solidarität im Rahmen der Europäischen Union, der G7-Staaten, der Vereinten Nationen und der NATO zu erhalten und weiter zu festigen. Dieses muss auch die Bereitschaft Deutschlands umfassen, in diesem Rahmen solidarisch zusätzliche Verantwortung zu übernehmen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) schaut wie die gesamte Welt mit Entsetzen auf mutmaßliche Kriegsverbrechen der russischen Armee in der Ukraine, die immer wieder nach der Befreiung von ukrainischen Gebieten offenkundig werden oder durch den Beschuss ziviler Ziele verursacht sind. Bei einer Verurteilung darf es aber nicht bleiben. Deshalb unterstützt die Bürgerschaft (Landtag) alle Bemühungen, hierzu Beweise zu sichern, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu können. Dazu wird aber insbesondere auch gehören, in Abstimmung mit Bund und Ländern, für die Geflüchteten aus den Kriegsgebieten unbürokratische sowie transparent und planbar gestaltete aufenthaltsrechtliche Regelungen zu ihrem Schutz zu gewährleisten.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass es gegen die Rechte der Ukraine und ihre vollständige territoriale Integrität keinen ‚Diktatfrieden‘ geben kann. Sie unterstreicht einerseits das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und auf Rückgewinnung von Gebieten, die Russland völkerrechtswidrig besetzt hat. Sie betont aber andererseits ihre Aufforderung an alle Verantwortlichen, zum Dialog zurückzukehren und friedlichen Lösungen schnellstmöglich den Weg zu ebnen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt ihre Solidarität mit den Menschen in Russland, die gerade jüngst Opfer staatlicher Willkür durch Verhaftung und Gewalt geworden sind, weil sie öffentlich gegen den Krieg und seine Eskalation, u.a. durch die Teilmobilmachung, demonstriert haben. Die Bürgerschaft (Landtag) beobachtet mit Sorge die Entwicklung Russlands hin zu einem oligarchisch-totalitären Staat.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt grundsätzlich das Bemühen der Bundesregierung, durch die ‚Entlastungspakete 1-3‘ und den ‚Wirtschaftlichen Abwehrschirm‘ die Folgen des Krieges in und gegen die Ukraine für Wirtschaft, Gesellschaft und Menschen in Deutschland abzumildern und sieht dieses als wichtige Voraussetzung dafür an, dass Solidarität und die Bereitschaft zur Unterstützung in der Breite der Bevölkerung erhalten bleiben. Sie erklärt ihre Bereitschaft, zwischen Bund, Ländern und Kommunen sozial ausgewogen und gerecht bemessene Lasten mitzutragen.

9. Die Bürgerschaft (Landtag) ist nachdrücklich der Auffassung, dass die Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge verbessert werden müssen. Dazu gehört nicht nur ein gemeinschaftliches Ausbauen der Einrichtungen und Fähigkeiten des Zivilschutzes. Nach Auffassung der Bürgerschaft (Landtag) ist es insbesondere von Bedeutung, Organisationen und Strukturen zu berücksichtigen, die für die gesellschaftliche Solidarität, Versorgung und den Zusammenhalt von besonderer Bedeutung sind. Mehr als bisher müssen hier z.B. Kliniken, Stadtwerke und andere regionale Energieversorger, Stätten zur Betreuung älterer Menschen, Schulen und Kindertageeinrichtungen, Sportvereine und Strukturen der organisierten Kultur in die Betrachtung einbezogen werden. Neben der Eigenverantwortung der Länder und Kommunen in diesen Bereichen, ist auch hier die Verantwortung des Bundes stärker als bisher einzufordern.
11. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das Ansinnen der Ukraine, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Sie fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten auf nationaler und auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dieses Ziel zu unterstützen und die Ukraine auf diesem Weg konstruktiv zu begleiten.
13. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Bund bei seinem Bemühen zu unterstützen, dass Menschen aus Russland, die vor politischer Verfolgung, Bedrohung und Verhaftung oder wegen der Verpflichtung zum Kriegseinsatz gegen die Ukraine flüchten, in Deutschland und Europa Schutz gewährt wird. Sie fordert den Senat auf, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dazu in der Europäischen Union möglichst zügig ein gemeinsames Vorgehen und gemeinschaftliche Regelungen zu erreichen. Dabei sollen die bewährten Grundsätze für Asylsuchende und/oder Geflüchtete Anwendung finden und den Interessen der Betroffenen und den Aspekten der Sicherheit durch schnelle und gleichzeitig sorgfältige Prüfung gleichermaßen Rechnung getragen werden.
15. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle Bemühungen des Senates, durch eine oder mehrere (kommunal umzusetzende) Städtepartnerschaft(en) mit Kommune(n) der Ukraine die tätige und dauerhafte Solidarität Bremens und Bremerhavens zu unterstreichen. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt dazu auch die Initiative ihres Präsidenten und erklärt ihre Bereitschaft, sich an der Gestaltung von Städtepartnerschaft(en) zu beteiligen.
18. Der Bürgerschaft (Landtag) verfolgt mit Sorge die offensichtlichen Angriffe auf sogenannte kritische Infrastruktur unweit von uns. Sie unterstreicht die hohe sicherheits- und wirtschaftspolitische Bedeutung von Einrichtungen und Unternehmen in unserem Bundesland, die (auch) für den Bereich der staatlichen Sicherheitsvorsorge tätig oder relevant sind. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Kooperation mit Betreibern und Unternehmen deren Sicherheit, insbesondere aber ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Schutz vor Übergriffen, Sachbeschädigungen, Sabotage und Ausspähungen lageangemessen und stetig zu verbessern. Mit Blick auf terroristische Angriffe in der Vergangenheit und den aktuellen Vorkommnissen im Ostseeraum hält sie es für notwendig, die Prävention in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Betreibern und Unternehmen auszuweiten.
20. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt schließlich allen in Staat, Gesellschaft, Kirchen und Initiativen, die in großer Solidarität und Hilfsbereitschaft geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufgenommen, betreut oder anderweitig geholfen haben. In diesen Dank bezieht sie ausdrücklich den Verein ‚Herz für die Ukraine e.V.‘ ein, der in unseren Städten unablässig an das Schicksal der Menschen in der Ukraine erinnert und diese durch das Einwerben von Spenden unterstützt. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auch weiterhin alle Hilfestellungen zu geben, die erforderlich sind, um dieses Wirken der Zivilgesellschaft zu fördern und zu entwickeln.

## Nr. 20/836

### **Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge für das Jahr 2022 in der Freien Hansestadt Bremen sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Mitteilung des Senats vom 6. September 2022  
(Drucksache [20/1568](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## Nr. 20/837

### **Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Waldgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 20. September 2022  
(Drucksache [20/1594](#))

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion der CDU**

vom 11. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1625](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## Nr. 20/838

### **Stimmabgabe erleichtern – Wahlbeteiligung steigern!**

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

vom 23. September 2022  
(Drucksache [20/1601](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. zu den Wahlen am 14. Mai 2023 in Bremerhaven und in allen fünf Stadtbezirken der Stadtgemeinde Bremen barrierefreie und verkehrsgünstig gelegene Wahlmöglichkeiten für die Bürger:innen des Landes Bremen bereitzustellen, wo sie Briefwahlunterlagen persönlich abholen und diese auch direkt vor Ort ausfüllen und abgeben können;
2. die Öffnungszeiten aller Wahlmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der Bürger:innen anzupassen und damit sowohl an Wochentagen nachmittags wie auch an Samstagen ausreichende Zeitfenster anbieten zu können.

## Nr. 20/839

### **Wahlbeteiligung nachhaltig fördern, Briefwahl an Ort und Stelle in Schulen ermöglichen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE  
vom 23. September 2022  
(Drucksache [20/1602](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) legt den in erster Lesung beschlossenen Gesetzentwurf dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung darüber vor, ob dieser Gesetzentwurf mit der Landesverfassung vereinbar ist.

## Nr. 20/840

### Klimaschutzziele des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 7. Juni 2022  
(Drucksache [20/1489](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 20/841

### Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Eigenständiger Informatikunterricht ab der Sek. I gehört in Zukunft selbstverständlich auch an Bremer Schulen dazu – ein entsprechender Schulversuch dient hierfür als Einstieg  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 6. Juli 2022  
(Drucksache [20/1529](#))
2. Junge Gründerinnen und Gründer: Hat das Land Bremen eine innovative und nachhaltige Gründungs- und Startup-Landschaft?  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 11. Juli 2022  
(Drucksache [20/1533](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 13. September 2022  
(Drucksache [20/1585](#))
3. Zunahme krankheitsbedingter Frühpensionierungen von Lehrkräften auch im Land Bremen?  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 20. Juli 2022  
(Drucksache [20/1541](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1610](#))
4. Immobilienmanagement neu ordnen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 4. August 2022  
(Drucksache [20/1542](#))
5. Auf das Lächeln kommt es an: Unentgeltliche Bereitstellung von transparenten FFP2-Masken für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte im Land Bremen durch den Senat  
Antrag der Abgeordneten Peter Beck und Jan Timke (BIW)  
vom 25. August 2022  
(Drucksache [20/1553](#))
6. Änderung der Bedrohungslage in der Cybersicherheit: Bremische IT in Großkrisenlagen  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 19. August 2022  
(Drucksache [20/1550](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1611](#))
7. Das Klima schützen: Torfabbau und -nutzung wirksam sukzessive reduzieren  
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 15. September 2022  
(Drucksache [20/1589](#))

8. Nationale Hafenstrategie vorantreiben – Entwicklung der Seehäfen stärker koordinieren – Unterstützung des Bundes an neue Entwicklungen und Erfordernisse anpassen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. September 2022  
(Drucksache [20/1590](#))
9. Sportvereine in der Energiekrise nicht alleine lassen – schnelle und nachhaltige Unterstützung jetzt organisieren  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. September 2022  
(Drucksache [20/1591](#))
10. Digitale Bildung als Querschnittsaufgabe modernen Lernens  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 27. September 2022  
(Drucksache [20/1612](#))
11. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes – Mehr Hochschulfreiheit durch Streichung der sogenannten Zivilklausel  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 30. September 2022  
(Drucksache [20/1615](#))
12. Kurze Wege zur Arbeit bewahren – Die gemischte Stadt stärken, neue Orte der Produktiven Stadt identifizieren  
Antrag der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 4. Oktober 2022  
(Drucksache [20/1616](#))